



Sessionsbericht – Herbstsession 2013

Rapport de session – Session d'automne 2013

9. September bis 27. September 2013

Von Iris Grob, Fraktionssekretärin

Auch in dieser Session spielten einmal mehr verschiedene unheilige Allianzen zwischen SVP und SP. Angefangen bei der Wahl eines Bundesrichters. Die SVP verhalf dank einem Pakt mit der SP zu einer linken Mehrheit beim Sozialversicherungsgericht. Es ist kurzsichtig, sich im Parlament für Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen einzusetzen, dann aber bei den Richterwahlen einen linken Politikwechsel zu unterstützen. Die Richter haben schliesslich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Anwendung von Gesetzen und damit auf die Politik. Die FDP zieht aber trotz einigen Wehrmutstropfen insgesamt eine positive Bilanz dieser Herbstsession. So haben beide Räte mit soliden Mehrheiten der Kampfflugzeugbeschaffung und den dazu nötigen Mitteln zugestimmt. Einem allfälligen Referendum kann die FDP ruhig entgegensehen. Dank unserem Druck auf das VBS wurde der Beschaffungsvertrag wesentlich verbessert und wir haben damit jetzt die Argumente, um das Volk von dem Gripen zu überzeugen. Der Nationalrat hat der Wiedereinführung kurzer Haftstrafen im Strafgesetzbuch zugestimmt und will den Vorrang von Geldstrafen gegenüber anderen Strafen aufheben. Damit wird die Abschreckungswirkung im Strafrecht auf eine sinnvolle Weise verschärft. Der Ständerat hat die schädliche Mindestlohninitiative mit grosser Mehrheit abgelehnt. Diese schadet unserer Wirtschaft, unseren Unternehmen und ist ein direkter Angriff auf die verletzlichsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zudem will der Ständerat das unbedingt nötige Sparpaket KAP nicht an den Bundesrat zurückweisen sondern ist darauf eingetreten. Ein Wehrmutstropfen war die Behandlung des Bürgerrechtsgesetzes im Ständerat, da jener die Hürden für die Einbürgerung massiv tiefer ansetzen will als der Nationalrat. So soll bspw. gemäss Ständerat bereits nach 8 Jahren in der Schweiz der rote Pass beantragt werden können und die als vorläufig Aufgenommener in der Schweiz verbrachten Jahre sollen angerechnet werden können. Die FDP will ein korrektes und faires Einbürgerungsgesetz, welches den Ansprüchen der Bevölkerung Rechnung trägt, nämlich dass nur erfolgreich Integrierte eingebürgert werden können. Nur dann ist ein absehbares Referendum zu gewinnen. Zum Schluss durfte die FDP-Fraktion auf Einladung ihres Kollegen NR Jean René Germanier einen unvergesslichen Nachmittag im Wallis bei der Weinlese zubringen. So kamen neben der Arbeit auch die Geselligkeit und das Vergnügen nicht zu kurz.

1. Der Gripen kann dank der Forderungen der FDP endlich abheben

La deuxième fois aura été la bonne : le Conseil des Etats a accepté mercredi de libérer les 3,126 milliards nécessaires pour acheter les 22 avions de combat Gripen. Il fallait 24 voix pour lever le frein aux dépenses. La Chambre des cantons en a réuni 27 contre 17. En mars, une seule voix avait manqué.

Plus tôt, le National avait donné son aval sans problème à l'achat de 22 avions de combat suédois. Le principal cap - le frein aux dépenses - a été franchi assez aisément : 114 voix contre 70.

Die FDP. Die Liberalen begrüsst die Entscheidung des Nationalrates und Ständerates. *Die FDP. Die Liberalen* engagiert sich für eine starke und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstete Luftwaffe, was mit den Gripen als Tiger-Teilersatz der Fall ist. Endlich hat das VBS einen Vertrag vorgelegt, welcher die Bedingungen der FDP erfüllt, sodass die FDP dem Kauf dieses modernen und effizienten Kampffjets zustimmen kann.

Dank des Drucks der FDP wurden die Nachverhandlungen erfolgreich abgeschlossen und die Schweiz erhält nun – wie bei solchen Verträgen gang und gäbe – bei Konventionalstrafen und dem Rücktrittsrecht die gleichen Vertragsbedingungen wie Schweden selbst. Mit der Umsetzung der vier zentralen Sicherungsmechanismen, welche die FDP verlangt hatte, kann dem Kauf der Flugzeuge zugestimmt werden.

Doch der letzte Akt in diesem Theater ist noch nicht gespielt: Linke und Grüne haben das Referendum gegen den Kauf angedroht. Dass das Volk als Souverän in letzter Instanz entscheidet, ist legitim. Wir vertrauen darauf, dass sich die Schweizer Bevölkerung für die Sicherung unseres Luftraums richtig entscheiden wird und dem Kauf zustimmt.

2. EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat der Erneuerung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU zur Beteiligung an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP) zugestimmt. Die kleine Kammer hat die Vorlage einstimmig angenommen. Das Programm „Horizon 2020 – Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation“ für die Jahre 2014-2020 ist das Nachfolgeprogramm der aktuellen siebten Generation, welche bis Ende 2013 läuft. Die Schweiz wird sich mit einem Gesamtkredit von 4389,3 Millionen Franken am EU-Forschungsrahmenprogramm beteiligen. Dieses umfasst insgesamt 80 Milliarden Euro. Schweizer Forschende erhalten für ihre Projekte Fördermittel aus diesem Finanzierungsgefäss. Ziel ist es, mittels erleichterten Zugangs zu Fördermitteln und stärkerer Integration der Industrie wissenschaftliche Errungenschaften in innovative Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern.

Die FDP begrüsst den klaren Entscheid des Ständerats. Investitionen in die Forschung stärken die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf dem Weltmarkt. Dies gilt in verstärkter Masse für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz. Insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen ist für Spitzenforschung eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich.

Zudem ist die Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen ausserordentlich positiv. Die Schweiz rangiert unter den bestplatzierten Ländern bezüglich Erfolgsquote der Anträge, Anzahl Beteiligungen, Anzahl koordinierte Projekte und erhaltene Fördermittel. Schweizer Projektteilnehmende konnten sich allein im 7. FRP seit 2007 1,56 Milliarden Franken Fördermittel aus dem FRP sichern, womit die EU-Forschungsrahmenprogramme nach dem Schweizerischen Nationalfonds die zweitwichtigste öffentliche Förderquelle für Forschung und Entwicklung in der Schweiz darstellen. Die erhaltenen Fördermittel für Schweizer Teilnehmende waren seit 2004 höher als die vom Bund in Form von Pflichtbeiträgen an die EU bezahlten Mittel.

3. Lebensmittelgesetz: Ständerat beschliesst praktikablere Lösungen für die Nahrungsmittelindustrie

Bei der Revision des Lebensmittelgesetzes hat der Ständerat bei zwei wichtigen Punkten die überschüssigen Vorschläge des Nationalrats korrigiert. Dieser wollte einerseits, dass auf in Verkehr gebrachten Lebensmitteln künftig nebst dem Produktionsland auch die Herkunft der Rohstoffe angegeben werden muss. Diese Regelung ist unverhältnismässig, in der Praxis schwer und nur mit hoher Kostenfolge umsetzbar: die wechselnde Rohstoffherkunft je nach Saison oder Lieferketten etc. würde beispielsweise dazu führen, dass die Verpackungen konstant geändert werden müssten. Ausserdem würde sie für ausländische Markenprodukte zu fast unüberwindbaren technischen Handelshemmnissen führen. Bei stark verarbeiteten Lebensmitteln, welche aus vielen Zutaten bestehen, wäre diese Vorschrift gar absurd. Insgesamt würde mit dieser Vorschrift die Hochpreisinsel Schweiz zementiert statt aufgeweicht. Der Ständerat schlägt denn auch richtigerweise vor, diesen Punkt dahingehend zu korrigieren, dass wie heute die Herkunft von Rohstoffen nur bei bestimmten Lebensmitteln angegeben werden muss. Die Details bleiben in einer Verordnung geregelt – so wie es sich bewährt hat.

Die Revision ist an sich grundsätzlich ausgewogen und zukunftsorientiert ausgestaltet. Wichtig ist, dass die Nahrungsmittelindustrie ihrer wichtigen Rolle bei der Verarbeitung von schweizerischen Rohstoffen auch weiterhin gerecht werden kann. Dazu braucht sie attraktive Rahmenbedingungen.

4. Altersvorsorge

In der Herbstsession haben die Räte verschiedene Vorstösse der *FDP.Die Liberalen* mit deutlichen Mehrheiten befürwortet und dem Bundesrat klare Signale versandt. Der Nationalrat hat mit der Annahme der Motionen [11.3778](#) und [11.3779](#) klar kommuniziert, dass die Politik keine Rentenversprechen machen soll, welche nicht eingehalten werden können. Die technischen Parameter im BVG sollen entpolitisiert werden. Des Weiteren hat sich der Nationalrat mit der Annahme der Motion [12.3553](#) deutlich für eine der AHV-Reform vorgezogenen Schuldenbremse ausgesprochen. Der Ständerat überwies mit erdrückenden 27:8 Stimmen ein Postulat ([13.3518](#)), welches eine dezentrale Umsetzung der Kompensation der Senkung des Mindestumwandlungssatzes verlangt.

Diese deutlichen Signale muss der Bundesrat bei der Ausarbeitung der „Altersvorsorge 2020“ beachten. Wir verlangen in der Vernehmlassungsvorlage deutliche Verbesserungen im Sinne einer glaubwürdigen, mehrheitsfähigen Reform der Altersvorsorge.

5. Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“

Nachdem beide Räte die Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ zur Ablehnung empfohlen haben, ist nun auch der bundesrätliche direkte Gegenentwurf zur Volksinitiative unter Dach. **In einer vorgezogenen Schlussabstimmung haben beide Räte den Gegenentwurf gutgeheissen.** Dieser wählt einen generelleren und zielorientierteren Ansatz als die Initiative, welche die Hausarztmedizin in der Verfassung verankern und dadurch den Hausärzten eine überragende Position gegenüber den Spezialisten und anderen medizinischen Berufen sichern will. Der Gegenentwurf sieht vor, nicht den Hausarzt, sondern die Grundversorgung in der Verfassung zu verankern. Er zeigt eine zukunftsweisende Perspektive auf, wie die medizinische Grundversorgung in der Schweiz gesichert werden kann. Allerdings enthält der Gegenentwurf auch Mängel. Insbesondere grenzt er die Grundversorgung von der allgemeinen medizinischen Versorgung ab. In Anbetracht der Volksinitiative ist dieses Vorgehen zwar verständlich, materiell jedoch nicht überzeugend. Basis für eine Minimalversorgung sollten alle Leistungen sein, die durch staatliche Finanzierungskanäle (mit-)finanziert werden. Es ist zu begrüssen, dass beim direkten Gegenentwurf schlussendlich die moderatere Version des Ständerats obsiegt hat.

6. CP et CPM. Réforme du droit des sanctions

Les mardi 24 et mercredi 25 septembre, le Conseil national a planché sur la réforme du droit des sanctions. Particulièrement décrié, le système des jour-amendes a été révisé : il n'y aura plus de priorité et les juges auront le libre choix de la peine à infliger ; ce qui réalise une initiative parlementaire du groupe libéral-radical ([08.431](#)). De même, le montant minimum a été relevé à 30.- par jour-amende au lieu de 10.-. Le Conseil national a également réintroduit les courtes peines privatives de liberté, une modification attendue afin de combattre la criminalité avec fermeté. L'emploi du bracelet électronique est introduit comme peine alternative à l'incarcération dans un établissement pénitentiaire pour les peines allant jusqu'à 12 mois. Finalement, le travail d'intérêt général est introduit comme peine en soit.

Le Conseil national a adopté par 77 voix contre 54 et 52 abstentions (principalement du PS et de l'UDC) cette une réforme du Code pénal qui durcit les sanctions. Une révision largement soutenue par le PLR.

7. Contre l'immigration de masse. Initiative populaire

Le Conseil des Etats a pris position vis-à-vis de l'initiative de l'UDC «Contre l'immigration de masse». La Petite chambre suit l'avis du Conseil national et conseille de rejeter cette initiative par 34 voix contre 6. Ainsi, autant le Conseil fédéral que le parlement recommandent de voter «Non» à cette initiative. Pour rappel, cette initiative souhaite réintroduire le système des contingents dans la politique migratoire helvétique, ce qui va à l'encontre de l'Accord de libre circulation. A cause de la clause guillotine, cela mènerait l'UE à dénoncer l'ensemble des Accords bilatéraux I, ce qui serait profondément néfaste pour l'emploi et la prospérité de la Suisse.

Le groupe libéral-radical rejette fermement cette initiative. Des mesures ciblées doivent être prise en direction d'une politique migratoire «rigoureuse, mais juste», mais toute initiative qui léserait le modèle à succès de la Suisse doit être rejetée.

8. Loi sur la nationalité. Révision totale

Suite à de nombreux mois de travail en commission, le Conseil des Etats a discuté durant trois jours la révision totale de la Loi sur la nationalité. Pour rappel, le Conseil national avait bouclé son projet en mars 2013. Une réforme largement soutenue par le PLR, pour qui il s'agit d'un sujet clef en matière de politique migratoire et d'intégration des étrangers. Un projet qui a également pour but d'harmoniser les procédures entre les cantons.

Or, la Petite chambre a refusé de suivre les décisions du National sur de nombreux points, parfois à une très courte majorité. Cela concerne notamment les points les plus importants de la réforme. Le Conseil des Etats a notamment décidé : une durée d'établissement minimum plus basse (8ans au lieu de 10), de continuer de compter à double les années entre 10 et 20ans et a rejeté la nécessité de savoir communiquer à l'écrit dans une langue nationale. Le Conseil des Etat a également refusé de ne pas admettre la période d'admission provisoire dans le calcul des années de résidence en Suisse pour la naturalisation. Le projet repart au national pour l'élimination des divergences.

9. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht – Die Vereinigte Bundesversammlung (VBV) hat **Francesco Parrino, SP**, als Nachfolger von Aldo Borello gewählt. Herr Parrino wurde von der Gerichtskommission zur Wahl vorgeschlagen.

Die FDP-Liberale Fraktion präsentierte eine Kampfkandidatur und empfahl ihren eigenen Kandidaten, Luca Grisanti, zur Wahl. Die Fraktionspräsidentin, NR Gabi Huber, begründete dies damit, dass mit einem zusätzlichen SP-Richter ein politischer Richtungswechsel in der Sozialversicherungs-

abteilung stattfinden könnte. Von den insgesamt 10 Richtern am Bundesgericht gehören 3 der SP an; mit einem weiteren SP-Richter seien 40% der Richterstellen in dieser Abteilung in den Händen der SP; hinzu komme eine Richterin der Grünen. Zusammen ergebe dies eine linke Mehrheit. Unterstützt wurde die FDP hier von der CVP-Fraktion. Da jedoch die SVP – mit Blick auf ihre eigenen zwei Kandidaten für das Bundesverwaltungsgericht – den SP-Kandidaten unterstützte, unterlag der FDP-Kandidat mit 86: 152 Stimmen.

Bundesverwaltungsgericht – Für dieses Gericht hat die Gerichtskommission zwei SVP-Richter vorgeschlagen. Hier präsentierte die CVP eine Kampfkandidatur; sie empfahl Frau Karin-Huber-Studerus zur Wahl. Unterstützt wurde sie von der FDP-Liberale Fraktion. Die VBV folgte jedoch den Empfehlungen der GK und wählte die offiziellen Kandidaten **Christoph Rohrer und David Weiss, beide SVP**.

Die FDP kritisierte die SVP und wirft ihr ein „doppelbödiges Spiel“ vor. Durch das Taktieren mit der SP trage die SVP nun die Verantwortung für den Schlamassel. Diese „unheilige Allianz“ verhindere einmal mehr eine bürgerliche Zusammenarbeit im Parlament.

Bundesstrafgericht. Präsidium / Vizepräsidium für die Amtsdauer 2014 - 2015 – die VBV wählte **Daniel Kipfer Faciati, Grüne**, als Präsidenten und **Jean-Luc Bacher, FDP**, als Vizepräsidenten.

Eidgenössische Finanzkontrolle – Direktor für die Amtsdauer 2014 – 2019. Michel Huissod wurde vom Bundesrat als Direktor ernannt; die VBV bestätigte die Ernennung.

10. Geschäfte beider Räte

Armes – il a transmis tacitement trois motions corrigées par les sénateurs visant à améliorer l'échange d'informations sur les armes entre les cantons et la Confédération. Le procureur ou le tribunal devrait ainsi être obligé de communiquer au Département fédéral de la défense (DDPS) les noms des militaires potentiellement dangereux. Les données transmises au DDPS devraient être traitées dans le système d'information sur le personnel de l'armée. Enfin, une base légale devrait être créée pour que le numéro AVS puisse être utilisé dans le casier judiciaire informatisé de l'Office fédéral de la justice en vue d'une plus grande efficacité dans l'identification des militaires.

Mercenaires – il a mis sous toit la loi qui interdit aux entreprises privées sises en Suisse d'offrir des services de mercenaires à l'étranger. Cette législation instaure par ailleurs une obligation de déclarer les activités de sécurité hors des frontières.

Protection des enfants contre l'exploitation et les abus sexuels – Après le Conseil des Etats, le Conseil national a adopté sans opposition une modification du code pénal afin de mettre en œuvre la Convention du Conseil de l'Europe sur la protection des enfants contre l'exploitation et les abus sexuels. Suite à l'adoption de ce texte en vote final vendredi 27 septembre, avoir recours aux services de prostitués de 16 ou 17 ans sera désormais punissable.

Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants. Initiative populaire – Le parlement a finalement décidé de recommander au peuple le rejet de l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants». Un résultat qui suit la décision du Conseil national de suivre l'avis de la Chambre haute par la voix prépondérante de la présidente alors que le résultat était à 88 contre 88 et 14 abstentions. Le Conseil des Etats a quant à lui définitivement enterré l'idée d'un contre-projet. Une modification du Code pénal, du Code pénal militaire et du Droit pénal des mineurs est encore en cours au parlement afin de proposer une alternative crédible et plus adaptée face à la pédocriminalité.

11. Geschäfte des Nationalrats

Veto gegen Atommüll-Endlager – Im Gegensatz zum Ständerat hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass Standortkantone oder -regionen ein Veto gegen Atommüll-Endlager einlegen können sollen. Er hat einer Standesinitiative des Kantons Nidwalden mit 111 zu 68 Stimmen zugestimmt. Der Nidwaldner Wellenberg ist einer von sechs möglichen Standorten für ein geologisches Tiefenlager. Die FDP hat sich gegen diese Kantonsinitiative ausgesprochen. Bei einer Umsetzung der Forderungen würde der am besten geeignete Standort verhindert werden können. Die laufenden Bemühungen für die Festlegung eines Standortes für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle würden obsolet. Die Gegenseite verwies dagegen auf mehrere Volksabstimmungen, in denen sich die Nidwaldner Bevölkerung gegen ein Tiefenlager ausgesprochen habe. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat. Sagt dieser ein zweites Mal Nein, ist die Standesinitiative erledigt. Bei einem Ja könnte eine Vorlage ausgearbeitet werden.

Bildungsprogramme der EU - Der Beteiligung der Schweiz an den Bildungs-Austauschprogrammen der EU steht von Schweizer Seite nichts mehr im Wege. Mit 146 zu 40 Stimmen bei zwei Enthaltungen nahm der Nationalrat die Vorlage "Erasmus für alle" an und hiess den erforderlichen Kredit von 305,5 Millionen Franken gut. Der Ständerat hatte bereits im vergangenen Sommer zugestimmt. Die Vorlage vereinigt alle bisherigen Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Eine nahtlose Weiterbeteiligung an der künftigen Programmgeneration „Erasmus für alle“ 2014–2020 ist sinnvoll. Die internationale Mobilität für Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie die Mobilität des Lehrpersonals fördert die fachlichen Kompetenzen der Schweizer Arbeitskräfte. Auch trägt die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen der Schweiz und der EU zum Erfahrungsaustausch in der Lehre, der Steigerung der Qualität der Ausbildungsgänge sowie der verbesserten Vergleichbarkeit der Abschlüsse bei, was wiederum der Schweiz und dem hohen Ausbildungsniveau ihrer Arbeitskräfte zu Gute kommt.

Sportförderung - Der Bund soll Sportanlässe sowie den Breiten- und Spitzensport stärker fördern. Er hiess mit 169 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Motion gut, die einige Projekte aus der gescheiterten Olympia-Kandidatur retten will. Dafür soll auch Geld fließen. Sportminister Ueli Maurer zeigte sich zwar mit der Stossrichtung einverstanden, lehnte die Motion aber dennoch ab, weil er zuerst die Meinung der Kantone einholen will. Im Wissen um deren Meinung werde der Bundesrat im kommenden Jahr ein Leistungssportkonzept verabschieden, sagte er.

Alkoholgesetz - Die FDP begrüsst, dass der Nationalrat die Beschränkungen beim Alkoholverkauf abgelehnt hat. Ein Verkaufsverbot zwischen 22 und 6 Uhr, Mindestpreise für alkoholische Getränke oder ein Verbot von Happy Hour mit Spirituosen sind in Bezug auf den Jugendschutz weder zielführend noch verhältnismässig. Jetzt geht das Geschäft zur Differenzenbereinigung zurück an den Ständerat.

Organspende - Der Nationalrat will die automatische Organspende einführen. Er hofft, mit der so genannten Widerspruchslösung die Spenderquote erhöhen zu können. Demnach soll sich jeder Bürger mit der Frage befassen müssen, ob er sich als potenzieller Organspender zur Verfügung stellen möchte. Äussert sich eine Person nicht, soll von einer Zustimmung ausgegangen werden. Motionär Laurent Favre (FDP/NE) verwies auf die positiven Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, welche die Widerspruchslösung kennen. Von den zehn Ländern mit den höchsten Spenderquoten seien neun nach dem Widerspruchmodell organisiert. Der Bundesrat setzt auf einen Aktionsplan. Ausserdem machte er ethische Bedenken geltend. Heute dürfen Organe in der Schweiz nach dem Tod nur dann entnommen werden, wenn die betroffene Person zu Lebzeiten zugestimmt hat oder wenn es die Angehörigen erlauben. Nun befasst sich der Ständerat mit dem Geschäft.

Dritte Säule - Der Nationalrat erneuert seine Forderung, auch Nichterwerbstätigen den Zugang zur Säule 3a zu öffnen. Er nahm mit 118 zu 59 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Motion von Christa Markwalder (FDP/BE) an. Vor allem für Frauen könnte diese Möglichkeit zur Altersvorsorge interes-

sant sein. Bereits in den 1990-er Jahren wurde die Forderung im Parlament laut; war aber trotz angekommener Vorstösse nie umgesetzt worden. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab. Er verwies auf die schwierige Umsetzung, grundsätzliche Bedenken - die Berufliche Vorsorge sei für Berufstätige gedacht - sowie Steuerausfälle von 40 bis 80 Millionen Franken pro Jahr. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Programme d'armement 2013 – Le Conseil national a dit oui à un financement de 740 millions de francs pour l'armement. La gauche a essayé en vain de biffer les 209 millions destinés à l'infrastructure de télécommunication. Le projet «réseau d'engagement Défense», dont deux autres étapes sont prévues dans de prochains programmes, vise à connecter tous les systèmes importants dans une infrastructure de télécommunications uniforme. Il vise à garantir la sécurité informatique de la Confédération et la protection contre les pirates. Avec le nouveau système, qui sera acquis entre 2014 et 2020, il sera aussi possible d'augmenter le débit de données et de réduire la dépendance par rapport aux exploitants civils. Le réseau sera en priorité réalisé à partir d'infrastructures militaires existantes et à titre secondaire via celles d'opérateurs civils comme Swisscom.

Anciens conseillers fédéraux. Pas de pantouflage avant un certain délai – Une alliance contre nature de la gauche et de l'UDC s'est formée afin de restreindre les mandats des conseillers fédéraux ayant démissionné de l'exécutif. Cette décision a été prise alors même que le Conseil fédéral a adopté une charte de bonne conduite entre temps. Le texte demande que durant deux ans, un ex-ministre ne travaille pas pour une entreprise dont les activités ont un rapport direct avec le dernier département qu'il occupait. Le National a en revanche refusé d'imposer des règles similaires aux hauts-fonctionnaires.

12. Geschäfte des Ständerats

Budget militaire - par 26 voix contre 16, il a adopté une motion exigeant un budget militaire de cinq milliards de francs comme l'a demandé le Parlement. Le Conseil fédéral gouvernement s'est écarté de ce mandat et ne prévoit que 4,7 milliards dès 2015. Seule concession faite par les sénateurs, le plafond de dépenses à 5 milliards ne devrait valoir que dès 2016.

Armement - L'industrie de l'armement devrait pouvoir exporter plus facilement à l'étranger. Au grand dam de la gauche et des Verts/libéraux, le Conseil des Etats a décidé jeudi de se porter à son secours par 26 voix contre 14 en adoptant une motion de sa commission pour assouplir l'ordonnance sur le matériel de guerre. Les restrictions à l'exportation du matériel de guerre entraînent une baisse des contrats de l'industrie d'armement, ce qui implique des conséquences négatives pour la Suisse : licenciements ou perte de savoir-faire. L'industrie d'exportation suisse ne doit pas être désavantagée par rapport à la concurrence européenne (Suède, Autriche, France, Italie) comme c'est le cas aujourd'hui.

KAP - Le PLR. Les Libéraux-Radicaux saluent la perspicacité du Conseil des Etats qui a adopté aujourd'hui à l'unanimité le projet de consolidation et de réexamen des tâches 2014 (CRT 2014). Le CRT est un instrument central qui, couplé au frein à l'endettement, doit permettre d'assurer la stabilité financière de la Suisse. Le PLR souhaite que cette importante décision du Conseil des Etats influence la chambre du peuple dans la bonne direction et notamment l'UDC qui pour l'instant joue un jeu dangereux avec le PS.

Mindestlohninitiative - Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, und dies mit 31 zu 13 Stimmen. Die Initiative verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Löhne in der Schweiz schützen, indem sie die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Initiative für einen Mindestlohn schadet unserer Wirtschaft, unseren Unternehmen und ist ein direkter Angriff auf die verletzlichsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Ständerat nahm aber eine Motion an, die den Bundesrat

beauftragt, bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Vollzugsdefizite aufzuzeigen und anzugehen. Die Verfahren für Gesamtarbeitsverträge und Normalarbeitsverträge sollen beschleunigt werden. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Mehrwertsteuerreform - Das Projekt einer grossen Mehrwertsteuerreform wurde in dieser Session endgültig beerdigt. Während FDP-Bundesrat Merz 2008 mit einem Einheitssatzmodell dem Parlament ein ehrgeiziges und sinnvolles Reformprojekt präsentierte, ging es in dieser Session nur noch um einen Wechsel zu einem unsinnigen Zweisatzmodell unter Beibehaltung der meisten Ausnahmen, was weder den administrativen Aufwand vermindert noch eine Vereinfachung gebracht hätte. Die FDP ist froh, dass diese kuriose Zusatzvariante endgültig vom Tisch ist. Es ist aber sehr zu bedauern, dass die Chance für eine echte Vereinfachung der Mehrwertsteuer mit einem Einheitssatz vertan wurde. Die FDP wird nicht aufgeben und sich auch in Zukunft für dieses Modell einsetzen.

Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke – Der Ständerat will die Betreiber von Atomkraftwerken in den nächsten Jahren nicht zusätzlich belasten. Er hat es abgelehnt, dass sie die für die Stilllegung und Entsorgung nötigen Mittel schon nach 40 statt 50 Betriebsjahren eingezahlt haben müssen. Im Nationalrat hatte sich noch eine Mehrheit für eine schnellere Einzahlung ausgesprochen. Der Ständerat kam den Kraftwerksbetreibern mit einem weiteren Entscheid entgegen. Er stimmte einer Motion aus dem Nationalrat oppositionslos zu, die den Betreibern eine grössere Flexibilität für die Einzahlungen in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds einräumen will. Wird ein AKW endgültig vom Netz genommen, bevor es 50 Betriebsjahre auf dem Buckel hat, soll der Betreiber die verbleibenden Einzahlungen in den Fonds gestaffelt tätigen können. Diese Entscheide entsprechen auch der Haltung der Mehrheit der FDP-Fraktion. Die Umsetzung der Forderungen der Motion käme einer Regeländerung während dem Laufenden Prozess gleich.

Vier-Meter-Korridor auf der Gotthard-Achse – Der Ständerat hat 990 Millionen Franken für den Bau und die Finanzierung eines Vier-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse freigegeben. Er will für das Bahn-Grossprojekt aber kein Geld aus der Strassenkasse nehmen, wie dies die vorberatende Kommission vorgeschlagen hatte. Gegen eine Querfinanzierung wehrten sich insbesondere auch die Vertreter der FDP. In der Transportbranche werden immer häufiger Sattelaufleger mit einer Eckhöhe von vier Metern eingesetzt. Um das Verlagerungsziel zu erreichen, ist der Bau eines entsprechenden Korridors deshalb unerlässlich. Der Ständerat erhöhte den Kredit im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats um 50 Millionen Franken auf 990 Millionen Franken. Mit dem zusätzlichen Geld sollen Ausbauten auf der italienischen Seite der Lötschberg-Simplon-Achse finanziert werden. Die FDP hat sich bereits in der Vernehmlassung grundsätzlich für die Erstellung eines 4-Meter-Korridors ausgesprochen mit den nun auch im Rat geäusserten Vorbehalten.

Vermietung von Zweitwohnungen – Der Staat soll sich nicht einmischen, wenn es um die Vermietung von Zweitwohnungen geht. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat mit 22 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Diese hätte den Bundesrat beauftragt, Vorschläge zur besseren Auslastung von Zweitwohnungen zu machen. Bundesrätin Doris Leuthard sagte allerdings, der Bundesrat werde im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ohnehin Vorschläge vorlegen. Die Befürworter gaben zu bedenken, viele Zweitwohnungen würden nur während acht Wochen im Jahr genutzt. Die Motion entsprang einer parlamentarischen Initiative von FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold.

Krankenkassen-Prämien-Ausgleich - Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der Frage befasst, wie die in einigen Kantonen in den Jahren 1996 bis 2011 zu viel oder zu wenig bezahlten Krankenkassenprämien der obligatorischen Krankenversicherung zu rund der Hälfte ausgeglichen werden können. Ohne Gegenstimme hiess der Ständerat der von seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) ausgearbeitete Kompromiss gut. Die Versicherten sollen demnach zusätzlich zu den zu bezahlenden Prämien einen Zuschlag oder Abschlag bezahlen respektive erhalten – je nachdem ob der Kanton in den letzten Jahren zu tiefe oder zu hohe Prämien erhoben hat. Für den Aus-

gleich sollen 800 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Die Kosten sollen zu je einem Drittel durch den Bund (mit einem Pauschalbetrag), durch die Versicherten in den begünstigten Kantonen (diese müssen bis zu drei Jahre auf die 50-fränkige Vergütung aus der CO₂-Abgabe verzichten) und durch die Versicherer getragen werden. Für die Zukunft sieht das geplante Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG) einen Mechanismus vor, mit dem künftig Prämien, die höher oder tiefer als die Kosten im jeweiligen Kanton lagen, ausgeglichen werden. Der Prämienausgleich soll gemäss Ständerat erst in Kraft treten, wenn das Parlament das KVAG verabschiedet hat.

Gentechnik - Wie es nach Ablauf des Gentech-Moratoriums weitergehen soll, ist offen. Umweltministerin Doris Leuthard sagte am Donnerstag im Ständerat, der Bundesrat werde bis 2017 einen Vorschlag vorlegen. In welche Richtung dieser gehe, sei jedoch derzeit unklar. Die Regelung, die dem Bundesrat vorschwebte, war in der Vernehmlassung durchgefallen. Der Ständerat befasste sich mit dem Thema, weil er eine Motion für die Verlängerung des Gentech-Moratoriums abschreiben musste. Der Vorstoss hatte sich erübrigt, die Verlängerung des Moratoriums bis Ende 2017 wurde in der Zwischenzeit im Rahmen der Agrarpolitik beschlossen.

13. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Ip. Zukunftstaugliches Fernmeldegesetz - für eine übergreifende Cyberraum-Strategie

Der Bundesrat überprüft während dieser Legislatur das heutige Fernmeldegesetz (FMG). In diesem Zusammenhang wird er ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Bundesrat das Potential der Bereiche mobiles Internet, Automatisierung von Wissen, Internet der Dinge (Machine-to-machine) und Cloud und Robotics für die Schweiz als Land ohne natürliche Ressourcen ein?
2. Hat der Bund im Rahmen der künftigen FMG-Revision eine Strategie, wie er die Informations- und Kommunikations-Wachstumsfelder mit dem grössten wirtschaftlichen Potenzial unterstützen will?
3. Welchen Zeithorizont setzt sich der Bundesrat zur Erarbeitung und Durchführung einer solchen Strategie?

Po. Marktverzerrung durch ungleiche Unterstützung für verschiedene erneuerbare Energien

Heute werden die verschiedenen Produktionsarten für Energie aus erneuerbaren Quellen (z. B. Wasserkraft, Biomasse, Geothermie, Wind, Photovoltaik) ungleich und nicht nach Energieeffizienzkriterien gefördert. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat gebeten darüber Bericht zu erstatten, wie die einzelnen erneuerbaren Energien im Vergleich subventioniert werden und welche Massnahmen er zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Verhinderung von marktverzerrenden Auswirkungen ergreift.

Ip. Ruiniert die USTR II die AHV?

Ein Vertreter der Ausgleichskassen behauptet, dass die USTR II die AHV schädige, weil immer mehr Dividenden ausgeschüttet würden statt Löhne. Die AHV hätte deswegen in den letzten drei Jahren hunderte Millionen Franken verloren. Dies sei auch daran ersichtlich, als die Zahl der Gründungen von Kapitalgesellschaften insbesondere unter Freiberuflern (Anwälte, Ärzte etc.) gestiegen sei. Davon will allerdings das BSV als Aufsichtsbehörde über die Ausgleichskassen nichts wissen und verweist auf die damaligen Ausführungen des Bundesrates zur USTR II. Die FDP will, dass endlich das Märchen der Schädigung der AHV durch die USTR II ausgeräumt wird und stellt die relevanten Fragen und verlangt Zahlen, damit soll ein für alle Mal Klarheit herrschen.

Ip. Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien?

Le Conseil fédéral a décidé d'accueillir un contingent de 500 réfugiés syriens et les a admis dans un programme spécifique. Le DFJP a en parallèle facilité l'octroi des visas pour les membres des familles des ressortissants Syriens.

Suite à ces nouvelles dispositions, le Conseil fédéral est prié de répondre à 8 questions critiques concernant le régime d'accueil de ces réfugiés, le programme qui leur est proposé, les conséquences sur la migration par le regroupement familial et le renvoi si la situation de crise prend fin.

Ip. Personenfreizügigkeit. Leere Versprechungen oder tatsächliche Massnahmen im Bereich der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen?

Dans le cadre de sa conférence de presse sur l'activation de la clause d'urgence, la conseillère fédérale Sommaruga a annoncé dans la presse une série de mesures concernant l'octroi des permis de séjour et des permis d'établissement aux ressortissants européens.

Cette interpellation du groupe demande au Conseil fédéral: si les mesures annoncées ont été effectivement édictées ou s'il ne s'agissait que d'un effet d'annonce, si d'autres mesures suivront et si les exigences que le PLR réclame seront enfin mise en œuvre.

Po. Asyl. Statistiken zur Härtefallbewilligung

Les requérants d'asile qui ne peuvent pas être renvoyés dans leur pays d'origine restent en Suisse en tant que cas de rigueur. Différents motifs peuvent être invoqués. Les statistiques disponibles concernant les différentes admissions en tant que cas de rigueur sont insuffisamment précises et ne permettent pas de rendre compte de la situation de manière claire.

Il est demandé au Conseil fédéral de produire un rapport sur les statistiques concernant les cas de rigueur admis en Suisse et leurs différents motifs.

Po. Klares Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht

La problématique des relations entre le droit international et le droit interne est importante pour le PLR, qui a adopté un papier de position et déposé deux interventions parlementaires au nom du groupe. Ce thème est important car il concerne aussi bien l'impact des normes internationales sur le droit suisse que le droit d'initiative.

Face à cette problématique, le PLR a demandé au Conseil fédéral de produire un rapport qui devra répondre à deux questions.

- 1) S'il juge pertinent que les accords internationaux qui ont un caractère constitutionnels soient également soumis au référendum obligatoire.
- 2) S'il est pertinent d'ordonner le droit international vis-à-vis du droit interne afin d'établir une hiérarchie claire: niveau constitutionnel (référendum obligatoire); niveau législatif (référendum facultatif); autre normes fédérales et internationales non soumises au référendum; et droit cantonal.

Ip. Focalisation de la Cour européenne des droits de l'homme sur ses tâches principales

La problématique des relations entre le droit international et le droit interne est importante pour le PLR, qui a adopté un papier de position et déposé deux interventions parlementaires au nom du groupe. La Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) interprète la Convention européenne des droits de l'homme de manière dynamique. Cela a amené cette cour à prononcer de plus en plus de jugements hors de ses tâches centrales initiales (par exemple la législation sur le suicide assisté).

A travers cette intervention du groupe, il est demandé au Conseil fédéral:

- a) S'il partage l'avis de continuer la réforme de la CEDH et la suite à donner à la Déclaration d'Interlaken.
- b) S'il partage l'avis que la réforme de la CEDH limite les compétences de cette cour à ses tâches originales.
- c) Les moyens que le Conseil fédéral entend mettre en œuvre dans ce but.

14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Herbstsession abgeschlossen.

Das Parlament verabschiedet 12 von 13 Vorlagen

- › mit 161:10 Stimmen bei 23 Enthaltungen (Nationalrat) und 42:0 Stimmen (Ständerat) die Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Aus- und Weiterbildungskosten, mit der künftig sowohl für Aus- wie auch für Weiterbildungskurse Kosten von bis zu 12'000 Franken steuerlich abgezogen werden können.
- › mit 195:0 Stimmen und 38:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Ablehnung der Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin". Die Räte schlagen in einem direkten Gegenentwurf vor, in der Verfassung zu verankern, dass die Hausarztmedizin ein "wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung" sein soll. Die Initiative möchte noch etwas weiter gehen.
- › mit 99:92 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 23:15 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung und Umsetzung der Aarhus-Konvention, die den Zugang zu Umweltinformationen und die Beteiligung an Bewilligungsverfahren regelt.
- › mit 155:33 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 37:5 Stimmen die Ablehnung der Volksinitiative "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache", welche die Kosten für Abtreibungen aus der obligatorischen Krankenversicherung streichen will.
- › mit 192:0 Stimmen bei einer Enthaltung und 42:0 Stimmen die Genehmigung und Umsetzung des Lanzarote-Abkommens, das Sex mit minderjährigen Prostituierten verbietet.
- › mit 119:71 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 25:17 Stimmen die Beschaffung des Kampfjets Gripen inklusive dessen Finanzierung für 3,126 Milliarden Franken über einen Fonds.
- › mit 188:0 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 42:0 Stimmen eine Änderung des Eisenbahngesetzes, die faktisch ein Verbot lärmiger Güterwagen bis 2020 bringt.
- › mit 140:54 Stimmen bei einer Enthaltung und 37:5 Stimmen die Ablehnung der SVP-Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung", die eine Wiedereinführung von Kontingenten für die Zuwanderung verlangt sowie die Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit mit der EU.
- › mit 194:0 Stimmen bei einer Enthaltung und 40:2 Stimmen ein neues Bundesgesetz über im Ausland erbrachte private Sicherheitsdienstleistungen, das Söldnerfirmen in der Schweiz verbietet und gewisse Leistungen von Sicherheitsfirmen einer Meldepflicht unterstellt.
- › mit 153:40 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 42:0 Stimmen eine Änderung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes, dank der der Bund ausdrücklich Unternehmen bei der Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen finanziell unterstützen kann. Dies geschieht bereits heute.
- › mit 195:0 Stimmen und 42:0 Stimmen eine Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes, die schärfere Kontrollen einführt und damit den Missbrauch von EO-Leistungen durch Kantone und Gemeinden verhindern soll.
- › die Umsetzung des US-Gesetzes FATCA, das Schweizer Finanzinstitute zum praktisch automatischen Informationsaustausch mit den Steuerbehörden der USA verpflichtet. Mit 114:55 Stimmen bei 26 Enthaltungen und 34:4 Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde das Umsetzungsgesetz beschlossen sowie mit 114:54 Stimmen bei 24 Enthaltungen und 36:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung des FATCA-Abkommens mit den USA.
- › Bereits am Donnerstag vor einer Woche haben die Räte den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin" mit 140:49 Stimmen und 43:0 Stimmen angenommen.

Als einzige Vorlage gescheitert ist der Beschuss zur Ablehnung der Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen". Der Nationalrat lehnte ihn mit 97 zu 91 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Der Ständerat bestätigte ihn mit 23 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die Initiativen und der direkte Gegenentwurf kommen direkt zur Abstimmung. Die übrigen Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.